

# 188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich?

Demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung bei uns – Konsequenzen für das soziale Sicherungssystem / Von Professor Dr. Herwig Birg

Künftige Historiker werden sich vielleicht einmal fragen, ob die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ahnten, dass die demographische Entwicklung in den folgenden hundert Jahren wie eine schiefe Ebene monoton nach unten verlaufen wird. Aus den historischen Quellen wird sich ein widersprüchliches Bild ergeben. Man wird einerseits feststellen, dass die Menschen nicht nur vage vorausgeahnt hatten, was auf sie zukam, sondern dass sogar ziemlich präzise Informationen verfügbar waren, die in dem damals beginnenden Zeitalter des Internets jedermann zur Verfügung standen. Andererseits werden sich die Historiker aber darüber wundern, dass trotz des damals schon ziemlich hohen allgemeinen Wissensstandes viele Bürger bei entsprechenden Umfragen Zweifel äußerten, ob sie ihre während des Erwerbslebens in das Rentensystem eingezahlten Beiträge im Ruhestand wieder als Rente ausbezahlt bekommen.

Gingen die Bürger auf die Frage, ob sie erwarteten, ihre Beiträge niemals wieder zurückzubekommen, nur aus Höflichkeit ein? Wohl kaum, aber wenn sie nicht aus Höflichkeit antworteten, bedeutete dies, dass ihnen nicht bekannt sein konnte, dass das so genannte Umlageverfahren, auf dem die deutsche Rentensystem damals überwiegend beruhte, überhaupt nicht vorsah, dass einmal eingezahlte Rentenbeiträge nach dreißig oder vierzig Jahren Erwerbstätigkeit als Rente wieder ausbezahlt werden, sondern dass die Bevölkerung im Ruhestand beim Umlageverfahren von der im gleichen Zeitpunkt lebenden erwerbstätigen Bevölkerung unterstützt wird, indem deren Beiträge ohne zeitlichen Umweg sofort an die Rentner weitergereicht werden. Nach dem Umlageverfahren können also die eingezahlten Beiträge später gar nicht mehr an die Beitragszahler zurückfließen, weil sie schon dreißig oder vierzig Jahre zuvor ausbezahlt wurden.

Noch seltsamer wird es den Historikern vorkommen, dass sich die Bundesregierung noch in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts bei den Wählern dafür verbürgte, dass die auf dem Umlageverfahren basierenden Renten „sicher“ seien, obwohl jeder wissen musste, dass das Umlageverfahren nicht mehr funktionieren konnte, weil das Sicherheitsversprechen des so genannten Generationenvertrages schon seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr galt. Mit dem Wort „Generationenvertrag“ war das Zahlungsverprechen einer nur in der Vorstellung existierenden Gruppe von Menschen gemeint, die erst noch geboren werden mussten. Aber spätestens seit den achtziger Jahren musste jede Zeitungslinse bekannt sein, dass viele dieser ungeborenen Beitragszahler nie das Licht der Welt erblickten würden, weil ein immer größerer Prozentsatz der potentiellen Eltern zeitweilig kinderlos blieb. Beim Jahrgang 1965 waren es beispielsweise schon 32,6 Prozent, während die lebenslange Kinderlosigkeit bei den Eltern dieses Jahrgangs erst bei 10 Prozent gelegen hatte. Der hohe Prozentsatz der Kinderlosen war der entscheidende Grund dafür, dass die Geburtenrate seit den achtziger Jahren so niedrig war: Pro Frau wurden in Deutschland nur 1,3 bis 1,4 Kinder geboren. – Diese Fakten waren natürlich auch den verschiedenen Regierungen und dem Parlament bekannt, deren Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ bei den Bevölkerungswissenschaftlern entsprechende Forschungsprojekte in Auftrag gegeben hatte. Man wusste, dass der Generationenvertrag nicht mehr existierte, aber dieses Wissen war wenig verbreitet. Die künftigen Historiker werden sich dies wohl damit zu erklären versuchen, dass die Menschen von diesen Dingen einfach nichts wissen wollten.

## Prozesse, die auf Jahrzehnte kaum mehr umzulenken sind

Vielleicht wird die aus der Abwehr vorhandenen Wissens folgende freiwillige Umündigkeit schon bald zu Ende gehen. Schließlich hat es ja durchaus einen intellektuellen Reiz, die Fortschritte des Wissensstandes zu verfolgen, die mit den modernen Rechenanlagen fortlaufend produziert werden. In langfristiger Perspektive hängen sogar die Aktienkurse und die demographische Entwicklung miteinander zusammen. Wenn sich diese Erkenntnis verbreitet, könnte sich die Situation schnell ändern. Bei den in der Demographie untersuchten Bevölkerungsvorgängen handelt es sich um Prozesse von großer Trägheit, die auf Jahrzehnte hinaus kaum mehr umgelenkt werden können, wenn sie erst einmal eine bestimmte Richtung eingeschlagen haben. Langfristig kalkulierende Investoren interessieren sich schon heute. Im Januar 2000 hat die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen (UN) Berechnungsergebnisse über den Verlauf dieser Prozesse in Deutschland bis zum Jahr 2050 angekündigt, jetzt liegt ein 140 Seiten langer Forschungsbericht vor. Dass dieses Wissen von den UN nach Deutschland kam, hat das Interesse an demographischen Themen spürbar steigen lassen.

Die Bevölkerungsabteilung der UN hat für Deutschland und für acht weitere Länder, darunter Frankreich, Italien, Japan, England, Russland, die Vereinigten Staaten, sowie für Europa insgesamt jeweils folgende fünf Fragen untersucht:

– Wie entwickelt sich die Bevölkerung in diesen Ländern von 1995 bis 2050? Dabei wird für Deutschland von einem – nicht näher begründeten – Anstieg der Geburtenrate von 1,3 auf 1,6 Kinder pro Frau ausgegangen. Außerdem wird unterstellt, dass der Überschuss der Einwanderungen über die Auswanderungen (= Wanderungssaldo) pro Jahr 200 000 beträgt, was

ungefähr dem langfristigen Durchschnitt in der Vergangenheit entspricht. Schließlich wird entsprechend den langfristigen Trends angenommen, dass sich die Lebenserwartung der Männer von 74 auf 79 und die der Frauen von 80 auf 84 Jahre erhöht. Schon seit Jahrzehnten wächst die Lebenserwartung Neugeborener in Deutschland pro Jahr um sechs bis acht Wochen.

– Wie entwickelt sich die Bevölkerung unter den gleichen Bedingungen ohne Ein- und Auswanderungen?

– Welcher Wanderungssaldo wäre in den einzelnen Jahren bis 2050 erforderlich, wenn man die Bevölkerungszahl konstant halten wollte, indem man das Geburtendefizit durch Einwanderungen ausgleicht?

– Welcher Einwanderungssaldo ergibt sich, wenn nicht die Bevölkerungszahl konstant bleiben soll, sondern nur die Zahl der Menschen in der Altersgruppe von 15 bis 64 Jahren, von deren Unterstützungszahlungen die Jüngeren und die Älteren in der Altersgruppe 65 und mehr abhängen?

– Welcher Wanderungssaldo wäre erforderlich, wenn das zahlenmäßige Verhältnis der über 65 Jahre alten zu den 15 bis 64 Jahre alten, das im Deutschen mit dem Begriff „Altenquotient“ bezeichnet wird, konstant bleiben soll, damit sich die Pro-Kopf-Versorgungslast bei den nachwachsenden Generationen nicht erhöht?

In dem englischen UN-Bericht wird statt des Begriffs „Altenquotient“ der Begriff „Potential Support Ratio“ verwendet, der als Kehrwert des Altenquotienten definiert ist. Ob man die Zahl der zu versorgenden älteren Menschen auf die Zahl der Unterstützung leistenden jüngeren bezieht (= Altenquotient) oder umgekehrt die Zahl der Versorgenden auf die zu Versorgenden (= Potential Support Ratio), macht inhaltlich keinen Unterschied, wenn die Veränderungen dieser Relationen bis zum Jahr 2050 untersucht werden.

Die Forschungsergebnisse der UN bestätigen die für Deutschland schon seit längerem publizierten Ergebnisse. Trotzdem bietet der Bericht wichtige zusätzliche Informationen. Die von demographischen Forschungsinstituten in Deutschland erarbeiteten Ergebnisse sind zwar differenzierter, und sie erstrecken sich darüber hinaus nicht nur bis zum Jahr 2050, sondern bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. Da aber die UN-Daten nach einheitlichen Methoden für neun weitere Länder und für Europa insgesamt vorliegen, ergeben sich aus der international vergleichenden Analyse zusätzliche Erkenntnisse.

Besonders aufschlussreich ist zum Beispiel die Antwort auf die letzte Frage: Wollte man in Europa die sonst unvermeidliche Verdopplung bis Verdreifachung des Altenquotienten durch Einwanderungen jüngerer Menschen aus anderen Erdteilen verhindern, wäre bis zum Jahr 2050 eine zusätzliche Gesamtzahl von netto 1,4 Milliarden Einwanderern erforderlich, was die Bevölkerungszahl Europas von 1995 bis 2050 von 728 Millionen auf 2,5 Milliarden mehr als verdreifachen würde. Das verblüffende Ergebnis beruht nicht auf einem Rechenfehler, sondern auf der einfachen Tatsache, dass Einwanderer ebenso altern wie die Einheimischen. Die beispielsweise im Jahr 2020 im Alter von 35 oder mehr Eingewanderten gehören im Jahr 2050 zu den 65-Jährigen und Älteren. Durch die Einwanderung jüngerer erhöht sich zwar vorübergehend die Zahl der 15 bis 65 Jahre alten, aber dies bewirkt auch einen unerwünschten späteren Anstieg der Zahl der über 65 Jahre alten. Bei diesen nach Altersgruppen und Geschlecht differenzierten Berechnungen wird angenommen, dass die Einwanderer ihr Verhalten an das der Einheimischen anpassen, dass für sie die gleiche Geburtenrate und Lebenserwartung gilt wie für die Gesamtbevölkerung.

Die Ergebnisse für Deutschland ähneln denen für Europa. In Deutschland entfielen 1995 auf 100 Menschen im Alter von 15 bis 65 rund 24 Menschen im Alter von 65 und mehr (= Altenquotient), in Europa insgesamt waren es 21. Bis zum Jahr 2050 würde der Altenquotient ohne Wanderungen in Europa auf 49 zunehmen, in Deutschland auf 57, was einem Anstieg um den Faktor 2,4 entspricht. Dies bedeutet, dass auch die Beitragssätze zur Rentenversicherung, die von 14 Prozent (1965) auf jetzt rund 20 Prozent des Bruttoeinkommens zugenommen haben, um einen ähnlich hohen Faktor auf eine Größenordnung von 40 Prozent angehoben werden müssten. Selbst wenn die Arbeitslosenquote auf null gedrückt und die Erwerbsquote der Frauen angehoben werden könnte, würde sich an dieser Aussage nur wenig ändern. Eine Anhebung des Beitragssatzes in diesem Ausmaß ist also sachlich ebenso unbreitbar wie politisch undurchführbar. Die Alternative ist, dass stattdessen das heutige Verhältnis der Renten zu den Durchschnittseinkommen (= Rentenniveau, zurzeit 70 Prozent) halbiert wird; aber auch diese Konsequenz ist aus politischen Gründen undenkbar, auch wenn die Überlegung sachlich noch so unabweisbar ist.

Angesichts dieser Zahlen ist es verständlich, dass sich viele Hoffnungen auf die Einwanderung jüngerer richten. Diese Hoffnungen sind nach den Ergebnissen der UN illusionär: Deutschland müsste bis 2050 netto zusätzlich 188 Millionen Einwanderer aufnehmen, wenn man den unvermeidlichen Anstieg des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen den über 65 Jahre alten und den 15 bis 64 Jahre alten durch die Einwanderung jüngerer verhindern wollte. Die Bevölkerungszahl würde dann von 82 Millionen auf 299 Millionen um das Drei- bis Vierfache wachsen.

Die Einwanderung jüngerer Menschen kann den Anstieg des Altenquotienten

nur mildern, aber nicht aufhalten. Auch wenn wie im langfristigen Durchschnitt in Zukunft jährlich netto 200 000 Menschen zuwandern, würde sich der Altenquotient von 24 auf 49 mehr als verdoppeln. Die alterungsbedingten Probleme des Rentensystems lassen sich also mit einer auf Masseneinwanderung abzielenden Politik nicht lösen, vielleicht nicht einmal mildern, denn die Eingewanderten müssten eine gute Berufsausbildung mitbringen – eine Voraussetzung, die meistens nicht erfüllt ist. Die Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Ausländer ist wegen ihrer weit unterdurchschnittlichen schulischen und beruflichen Qualifikation doppelt so hoch und die Quote der Sozialhilfeempfänger dreimal so hoch wie die der deutschen Bevölkerung.

Dennoch ist eine Einwanderungspolitik gerade für Deutschland besonders dringlich, aber nicht, weil Einwanderer das Problem der demographischen Alterung lösen könnten, sondern weil Deutschland de facto ein Einwanderungsland ist und auf 100 000 Einwohner bezogen schon seit Jahrzehnten mehr Einwanderer aufnimmt als zum Beispiel das klassische Einwanderungsland Vereinigte Staaten von Amerika. Durch die Rückkehr der Flüchtlinge

ließe sich fragen, warum zum Beispiel in Schweden, Irland und einigen anderen Ländern der EU das Bildungsniveau der Zugewanderten aus Ländern außerhalb der EU höher ist als das Bildungsniveau in diesen Ländern, während es sich in Deutschland umgekehrt verhält. Teilt man die Bildungsabschlüsse in verschiedene Kategorien ein, dann entfallen in Deutschland auf die niedrigste Bildungsgruppe bei den Inländern 14 Prozent, bei den in Deutschland lebenden EU-Bürgern 42 Prozent und bei den aus Drittstaaten zugewanderten 46 Prozent (Werkstattbericht Nr. 7 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit).

In Deutschland ist seit den siebziger Jahren die Zahl der Sterbefälle höher als die Zahl der Geburten, und zwar einschließlich der Geburten der Zugewanderten, deren Anteil in großen Städten bereits zwischen 30 und 50 Prozent liegt. Das Geburtendefizit wuchs trotz des Geburtenüberschusses der Zugewanderten, aber es wurde durch immer höhere Einwanderungen mehr als ausgeglichen, so dass die Bevölkerungszahl von 1970 bis heute in den alten und neuen Ländern insgesamt von 78 Millionen auf 82 Millionen zu-

Die Konstanz der Bevölkerung um der Konstanz willen macht jedoch wenig Sinn. Die Bevölkerungsschrumpfung ist vor allem deshalb ein Problem, weil die Schrumpfung automatisch eine starke Erhöhung des Altenquotienten bedeutet. Aber der Anstieg des Altenquotienten lässt sich – wie gezeigt – nicht einmal durch die Zuwanderung von mehr als 100 Millionen Menschen abwenden. Die Bevölkerungsschrumpfung auch in Zukunft durch Einwanderungen aufhalten zu wollen würde bedeuten, dass immer neue und immer größere Einwanderungsströme zu integrieren wären – eine irrwitzige Vorstellung. Es ist wie bei einem Schneeballsystem: Die Kredite können nur durch die Aufnahme immer neuer Kredite bedient werden. Weil das auf Dauer nicht funktioniert, gibt es keinen Demographen, der eine Einwanderungspolitik zur Kompensation des Geburtendefizits empfiehlt. Die geordnete Schrumpfung bei maßvoller Einwanderung ist eine wesentlich sinnvollere Strategie.

Die Berechnungen der Demographen sind Gedankenexperimente, deren Sinn darin besteht, Klarheit zu schaffen, damit die Politik nicht Hirngespinnst nachhängt und Erwartungen weckt, die uner-

in den folgenden zwei Zahlen ausdrücken: Die Zahl der Sechzigjährigen und Älteren nimmt bis 2050 um 9,9 Millionen zu, gleichzeitig nimmt die Zahl der Zwanzig- bis Sechzigjährigen um 16,0 Millionen ab. Um einen Anstieg der Pro-Kopf-Versorgungslasten der mittleren Altersgruppe zu vermeiden, müsste die Zahl der Zwanzig- bis Sechzigjährigen um 9,9 Millionen wachsen, aber sie schrumpft stattdessen um 16,0 Millionen. Dadurch steigt die Relation der zu Versorgenden zu den Versorgern (= Altenquotient) von 38,5 Prozent auf 91,1 Prozent an. In absoluten Größen: Die Zahl der Sechzigjährigen und Älteren wächst von 17,9 auf 27,8 Millionen, die der Zwanzig- bis Sechzigjährigen schrumpft von 46,5 auf 30,5 Millionen.

Die Berechnungen beruhen auf einem Szenario, das im Auftrag des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft durchgerechnet wurde. Darin wird die Bevölkerung nach den vier Gruppen Deutsche/alte Bundesländer, Deutsche/neue Bundesländer, Zugewanderte/alte Bundesländer und Zugewanderte/neue Bundesländer differenziert. Die Untergliederung ist nötig, weil sowohl die Geburtenrate als auch die Lebenserwartungszunahme bei den vier Gruppen verschieden ist. Für Deutschland insgesamt beträgt die Geburtenrate 1,25 Kinder je Frau. Die Lebenserwartung nimmt in diesem Szenario bei den Männern von 74 auf 80,9 zu und bei den Frauen von 80,8 auf 86,9. Der jährliche Wanderungssaldo beträgt 170 000.

## Anhebung des Ruhestandsalters bringt keine Erleichterung

Schließlich sei noch auf die Überlegung eingegangen, die Alten der Zukunft seien mit den Alten von heute wegen ihrer zunehmenden Rüstigkeit nicht zu vergleichen, so dass das Problem durch eine Anhebung des Ruhestandsalters gelöst werden könnte. Die Berechnungen der UN und die eigenen Berechnungen zeigen Folgendes (einschließlich Wanderungen). Wenn man bei der Definition des Altenquotienten nicht die Altersschwellen 15/65 zugrunde legt, sondern die Schwellen 15/70, 15/75 oder 15/80, sind die Steigerungen des Altenquotienten, auf die es hier ankommt, keineswegs geringer, sondern sogar noch größer: Der Steigerungsfaktor beträgt 2,1 für die Schwellen 15/65 (ohne Wanderungen wären es 2,4) und 2,4 für die Schwellen 15/70. Bei den Schwellen 15/75 und 15/80 lauten die Zahlen 2,8 beziehungsweise 3,0 (jeweils mit Berücksichtigung der Wanderungen). Ein Blick auf die Bevölkerungspyramide zeigt den Grund für dieses Ergebnis: Die Zahl der Siebzigjährigen und Älteren wächst um einen wesentlich größeren Prozentsatz als die Zahl der Sechzigjährigen und Älteren. Ende der sechziger Jahre war die Geburtenrate mit 2,4 Kindern je Frau wesentlich höher als heute. Die damaligen „Millionenjahrgänge“ sind heute im Alter von 30 bis 35, sie sind die Achtzig- bis Fünfundachtzigjährigen des Jahres 2050. Die Zahl der über Achtzigjährigen wird sich von heute drei Millionen auf rund zehn Millionen verdreifachen. Zum Vergleich: Baden-Württemberg hat eine Einwohnerzahl von ungefähr zehn Millionen.

Wenn man die Fakten kennt und die Illusionen fahren lässt, stellt sich die Gelassenheit ein, die angesichts der demographischen Entwicklung angemessen ist. Tricks nach der Art des niedersächsischen Freiherrn von Münchhausen, das Geburtendefizit so wie bisher auch in Zukunft einfach durch Einwanderungen zu kompensieren und die demographische Alterung mit mehr Zuwanderungen zu entschärfen, heizen die politische Atmosphäre auf, ohne die Probleme zu lösen. Am Beginn des 21. Jahrhunderts sollte die politische Agenda Deutschlands alle zwölf Legislaturperioden bis zum Jahr 2050 umfassen. Sie muss mit der Selbstaufklärung der Politiker und der Aufklärung der Öffentlichkeit beginnen. Der schwerfällige Dampf der demographischen Entwicklung muss bei voller Fahrt auf offener See durch den Umbau des gesamten Systems der sozialen Sicherung seetüchtig gemacht werden. Unser soziales Sicherungssystem wurde für eine stabile beziehungsweise wachsende Bevölkerung mit ausgewogenen Altersgruppen konzipiert, zwischen denen der Generationenvertrag noch galt. Es muss an die Bedingungen der Bevölkerungsschrumpfung und Alterung angepasst werden.

Noch steht das Schiff wirtschaftlich unter Dampf, aber das nicht zuletzt von der demographischen Entwicklung abhängige ökonomische Wachstumspotential nimmt permanent ab. Deshalb ist es wichtig, dass das Umlageverfahren der Rentenversicherung so schnell wie möglich durch eine zusätzliche, auf der privaten Ersparnisbildung der Versicherten aufbauende Säule der Eigenvorsorge ergänzt wird. Je länger diese Ergänzung auf sich warten lässt, desto teurer werden die Versäumnisse bezahlt werden müssen. Auch die Kranken- und Pflegeversicherung sind stark von der demographischen Alterung betroffen, weil die Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung zunehmen und gleichzeitig die Einnahmen auf Grund der abnehmenden Zahl der Erwerbstätigen unter Druck geraten. Auch hier kommen uns Versäumnisse teuer zu stehen. Der demographisch bedingte Reformdruck erhöht sich von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Je länger die Reformen auf sich warten lassen, desto härter trifft es alle, vor allem die nachrückenden Generationen.

Der Autor ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld.



Ganz friedlich im Park ein Ausschnitt eines der wichtigsten Zukunftsprobleme: ein immer größer werdender Altenanteil der Bevölkerung muss von einem stark schrumpfenden Bevölkerungsanteil im Arbeitsalter unterhalten werden. Foto CARO/Olaf Jandke

aus Bosnien hat Deutschland zurzeit fast ebenso viele ausländische Auswanderer wie Einwanderer, ihr Wanderungssaldo war dadurch vorübergehend sogar leicht negativ, während der Wanderungssaldo der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit rund 100 000 im Plus ist.

Aber selbst wenn der Wanderungssaldo der Deutschen und der Ausländer immer ausgeglichen wäre, würde dies eine Einwanderungspolitik keineswegs überflüssig machen. Denn auch bei einem Wanderungssaldo von null nimmt Deutschland pro Jahr stets mindestens 800 000 Menschen auf, das sind mehr, als im Inland geboren werden. Es ist ähnlich wie bei einem Hotel oder in einer Schule: Die Zahl der Hotelgäste ist gleich der Zahl der täglichen Anmeldungen, multipliziert mit der Zahl der Übernachtungen pro Gast, und die Zahl der Schüler in einer Schule ist gleich der Zahl der jährlichen Einschulungen, multipliziert mit der Zahl der Schuljahre. Auf die gleiche Weise lässt sich die Zahl der in Deutschland lebenden Zugewanderten aus der Zahl der Einwanderer pro Jahr ableiten, indem man diese Zahl mit der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in Jahren multipliziert. Dabei spielt es keine Rolle, ob der momentane Wanderungssaldo null, positiv oder negativ ist. Bei 800 000 Zuwanderern und einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von erfahrungsgemäß neun bis zehn Jahren kommt man für Deutschland auf eine realistische Schätzung zwischen sieben und acht Millionen zugewanderten Menschen, die in Deutschland leben, und zwar selbst dann, wenn der Wanderungssaldo ständig ausgeglichen wäre.

Diese Überlegungen zeigen, dass die Dringlichkeit einer Einwanderungspolitik durch den vorübergehend niedrigen Wanderungssaldo keineswegs abgenommen hat, wie viele meinen. Darüber hinaus macht sie deutlich, wie absurd die gegenwärtige Debatte um die Green Card für Informatiker aus Indien oder Osteuropa ist, die sich um eine Zahl von 30 000 Einwanderern dreht. Angesichts der Größenordnung von über 800 000 Einwanderern pro Jahr sind 30 000 – selbst wenn es jedes Jahr aufs Neue 30 000 wären – eine so geringe Zahl, dass man sich fragt, wozu das Statistische Bundesamt eine Wanderungsstatistik erhebt, wenn den Teilnehmern des einwanderungspolitischen Diskurses nicht einmal die Größenordnungen bekannt sind, geschweige denn die Details, die in dieser Diskussion wichtig sind. So

nahm. Wollte man das Geburtendefizit auch in Zukunft auf Dauer durch Einwanderungen kompensieren, müsste die Zahl der Einwanderer auf Grund des dramatisch wachsenden Geburtendefizits sowohl der deutschen Bevölkerung als auch der Bevölkerung insgesamt ständig zunehmen.

Nach den Berechnungen der UN, die auf der – nicht begründeten – Annahme beruhen, dass die Kinderzahl pro Frau in Deutschland von 1,3 auf 1,6 steigt, wäre im Zeitraum von 2000 bis 2025 ein Wanderungssaldo von 279 000 pro Jahr erforderlich und im Zeitraum von 2025 bis 2050 ein Saldo von 408 000. Wenn dagegen die Kinderzahl pro Frau auch in Zukunft auf dem in den letzten Jahrzehnten erreichten Niveau von 1,4 konstant bliebe, wäre nach dem vom Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld veröffentlichten Forschungsergebnissen 2025 ein Wanderungssaldo von 500 000 nötig, der bis 2050 sogar noch auf 700 000 zunehmen müsste. Würde die Geburtenrate auf 1,2 Kinder pro Frau sinken, was nicht ausgeschlossen werden kann, wären es im Jahr 2050 sogar 850 000; erst in den Jahrzehnten danach würde der erforderliche Wanderungssaldo von 850 000 wieder auf rund 800 000 sinken und bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf diesem Niveau bleiben. Ohne Wanderungen würde die Bevölkerungszahl bei einer konstanten Kinderzahl pro Frau von beispielsweise bis zum Ende des Jahrhunderts auf rund 30 Millionen abnehmen. Mas

## Geordnete Schrumpfung bei maßvoller Einwanderung

Was bedeutet ein Wanderungssaldo von 800 000 pro Jahr? Er bedeutet, dass zum Beispiel 1,8 Millionen Menschen pro Jahr einwandern und 1,0 Millionen auswandern, es könnten auch 1,6 Millionen Zuwanderer bei 0,8 Millionen Auswanderern sein. Zum Vergleich: In der einmaligen Situation nach dem Zusammenbruch des Ostblocks erreichte der Wanderungssaldo 1990 in beiden Teilen Deutschlands zusammen ein bisheriges Maximum von 682 000, und zwar bei 1 256 000 Einwanderern und 574 000 Auswanderern. Im Jahr 2050 und danach müssten also pro Jahr permanent wesentlich mehr Menschen netto zuwandern als in der einmaligen Ausnahme-situation 1990 – wenn die absolute Bevölkerungszahl konstant bleiben soll.